

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 17. Dezember 1970

Blatt 4017

## Mobile Märkte in Wien

### 7. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe XII (Wirtschaftsangelegenheiten)

Referent: Stadtrat DDr. Pius Prutscher (ÖVP)

Einnahmen: 138,190.600 Schilling, Ausgaben: 491,656.700

Schilling.

Wien, 17.12. (RK) Neben dem Großgrünmarkt Inzersdorf steht nach wie vor das Fleischzentrum St. Marx im Mittelpunkt seiner Geschäftsgruppe, betonte der Stadtrat. Beim Fleischzentrum St. Marx werden alle Bemühungen in den Dienst zweier Grundsätze gestellt: erstens so klein wie möglich bauen - um die Bau- und Erhaltungskosten so niedrig wie möglich zu **halten**. Zweitens so rasch wie möglich bauen, - um keine Kunden zu verlieren.

Für das Fleischzentrum sind im kommenden Jahr 80 Millionen S vorgesehen. Falls mehr Geld verbaut werden kann, sind Zusatzkredite in Aussicht gestellt.

Nach dem Bauzeitenplan soll der Fleischmarkt im Dezember 1971 fertiggestellt sein, der Schlachthof soll Ende 1972 zumindest zum Teil benützt werden können. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß in diesem Jahr das geplante Ausmaß des Schlachthofes nach einer Studienreise ins Ausland noch einmal verringert wurde. Dies habe Kosten von rund 16 Millionen Schilling erspart.

./.

Auch der Fleischgroßmarkt soll nur so groß ausgebaut werden wie es unbedingt erforderlich ist. Bei allen Einrichtungen wurde den Vertretern der Wirtschaft Gelegenheit gegeben, Stellung zu nehmen, Wünsche zu äußern und damit die künftige Gestaltung des Fleischzentrums zu beeinflussen.

Der Rückgang des Viehauftriebes und Rationalisierungsmaßnahmen machen es beim Zentralviehmarkt möglich, beide Märkte in der bisherigen Rindermarkthalle unterzubringen.

Die sogenannten Nebenbetriebe sind für das Fleischzentrum von besonderer Bedeutung, betonte der Stadtrat. Durch diese Nebenbetriebe wird rund um das Fleischzentrum ein großes Betriebsbaugelände für Industrie, Gewerbe und Handel entstehen. Die Nähe des Fleischzentrums gibt allen dort angesiedelten Betrieben die Möglichkeit, besonders wirtschaftlich zu arbeiten. Die erste Anmeldeaktion für Nebenbetriebe wurde am 15. November 1970 abgeschlossen. Das Ergebnis: 37 Firmen wollen sich unmittelbar um das Fleischzentrum ansiedeln, der Flächenbedarf beträgt insgesamt 14.000 Quadratmeter. Der gesamte Bedarf dürfte jedoch noch lange nicht gedeckt sein. Im Interesse des Fleischzentrums und der Wiener Wirtschaft sei es immer wieder notwendig, über die günstigen Bedingungen zu informieren und für diesen Standort zu werben.

Was die wirtschaftliche Führung des Fleischzentrums anlangt, nannte der Berichterstatter mehrere Möglichkeiten. Der künftige Betrieb könnte von den beiden bisher beteiligten Magistratsabteilungen oder von einer selbständigen Gesellschaft geführt werden. Eine dritte Möglichkeit wäre die Verpachtung an eine private Betriebsgesellschaft. Wie immer die Lösung der Führung des Fleischzentrums aussehen werde, sie sei auf jeden Fall mit zum Teil recht umstrittenen Maßnahmen wie Marktbindung, Schlachthauszwang und Ausgleichsabgabe für Frischfleisch eng verbunden. Stadtrat Prutscher warnte vor dem Schlachthofzwang. Verschiedene Wirtschaftstreibende hätten ihm erklärt, daß sie dann von Wien in das Umland ausweichen würden.

Auf jeden Fall solle jene Form der wirtschaftlichen Führung gewählt werden, die das kleinste Defizit erwarten läßt.

Nur rund ein Fünftel der Maßnahmen, die getroffen werden sollen, fallen in die Kompetenzen der Stadt Wien: 80 Prozent der Maßnahmen müssen von den Benützern der Fleischzentren selbst getroffen werden. Um also noch vor der Fertigstellung des Baues zum Teil sogar noch vor dem Beginn die künftige wirtschaftliche Nutzung möglichst sicherzustellen, wurde auch ein Marketing-Konzept erarbeitet. Diese Studie war Grundlage für eine Enquete über das Fleischzentrum St. Marx, die im September abgehalten wurde.

Die Marktentgelte werden im kommenden Jahr voraussichtlich um 3,7 Millionen geringer als 1970 sein. Der Minderertrag sei auf den Rückgang der Zufuhren von Lebendvieh zurückzuführen.

Ein Erfolg sei bei den Bemühungen um mobile Märkte zu verbuchen. Ein erster Versuch ist bereits erfolgt, weitere mobile Märkte sollen in nächster Zeit in der Per Albin Hansson-Siedlung erstehen. Für die Großfeldsiedlung wird noch ein geeigneter Platz gesucht. Weitere Standorte stehen in Überprüfung. Stadtrat Prutscher betonte, daß diese mobilen Märkte vor allem in den unterversorgten Gebieten - in den neuen Wohnbaugebieten - wichtig sind.

Die größten Sorgen bei der Detailmarktplanung habe der Naschmarkt gemacht. Ein letzter Vorschlag sah vor, das Marktgebiet bis zum Verkehrsbüro zu ziehen. Dies wurde als die beste Lösung akzeptiert. Über die Erhaltung des Detailmarktes im Zentrum Landstraße lasse sich jetzt noch nichts konkretes sagen. Mehrere Vorschläge liegen vor, sie müssen noch geprüft werden.

Der Großgrünmarkt in Wien-Inzersdorf soll um die Mitte des kommenden Jahres fertiggestellt sein. Insgesamt sind 272 Stände vorgesehen. Auch in Inzersdorf versuche man, möglichst viele Nebenbetriebe anzusiedeln.

Die veterinärämtliche Untersuchungsstelle, die zwar schon sehr lange besteht, jedoch erst im August dieses Jahres das Öffentlichkeitsrecht erhalten hat, führte in den Monaten September und Oktober 3.704 Einzeluntersuchungen durch. Im gleichen Zeitraum wurden 68 Gutachten erarbeitet. Allein dafür waren 1.279 Einzeluntersuchungen notwendig.

Bei den Beschaffungsabteilungen hob der Stadtrat hervor, daß trotz der Preiserhöhungen durch rechtzeitige Vertragsabschlüsse ein Großteil der Waren zu gleichbleibendem Preis gekauft werden konnte. Insgesamt gaben die beiden Beschaffungsabteilungen rund 300 Millionen Schilling aus.

Bei den Aufgaben des Forstamtes ist vor allem die Wiederanhebung der Waldgrenze im Quellschutzgebiet auf dem Raxplateau hervorzuheben. Diese Wiederaufforstung ist nicht nur ein wesentlicher Beitrag im Kampf gegen die Verkarstung, sondern hilft auch, die Qualität des Wiener Trinkwassers zu erhalten und zu verbessern. In den nächsten Jahren sollen diese Aufforstungsarbeiten auch auf den Schneeberg ausgedehnt werden. Erfreulich sei die Entwicklung des Lainzer Tiergartens. Die Besucherzahl sei auch in diesem Jahr wieder gestiegen. Für den Tiergarten wurde der Antrag gestellt, ein Diplom vom Europarat in Straßburg als Naturdenkmal zu erwirken.

- - -

Bauordnungsnovelle: Detailbestimmungen über Hochhäuser  
=====7. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe XIII, Verschiedene Rechtsangelegenheiten.

Referent: Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP).

Ausgaben 315.000 Schilling.

Wien, 17. 12. (RK) Unter den legislativen Arbeiten im kommenden Jahr hob Stadtrat Dr. Hannes Krasser die Wiener Bauordnung hervor, an deren Novellierung bekanntlich schon seit vielen Jahren gearbeitet wird. Angesichts der technischen Entwicklung erschien es auf dem Gebiet des Wärme- und Schallschutzes angezeigt, von den herkömmlichen Bauausführungen abzugehen und künftighin physikalische Werte den Berechnungen zugrunde zu legen, die unabhängig vom verwendeten Baustoff objektiv zum Ausdruck bringen, welche Anforderungen hinsichtlich des Wärme- und des Schallschutzes an die einzelnen Bauelemente gestellt werden.

Auch die technischen Erfordernisse, denen Hochhäuser genügen müssen, waren Gegenstand eingehender Diskussionen. In der novellierten Bauordnung werden erstmals Detailbestimmungen über Hochhäuser enthalten sein, wobei man auf im Ausland gesammelte Erfahrungen zurückgegriffen habe. Die Kernbestimmungen der neuen Normen betreffen die Stiegen, die so beschaffen sein müssen, daß im Gefahrenfall das Gebäude in kürzester Zeit unter Wahrung größtmöglicher Sicherheit geräumt werden kann.

Auch die Problemkreise der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung wurden im Zuge der Novellierung der Bauordnung eingehend geprüft. Die Lösung erblickten die Experten im wesentlichen darin, daß neue Siedlungsgebiete grundsätzlich erst dann bebaut werden sollen, wenn das Straßennetz, die öffentliche Kanalisation und ein öffentlicher Rohrstrang einer Trinkwasserleitung hergestellt sind. Soweit in Gebieten, die für die Bebauung vorgesehen sind, kein öffentlicher Kanal verlegt ist und als Trinkwasser Grundwasser verwendet wird, soll ein ehester Anschluß an das öffentliche Versorgungsnetz erfolgen.

Stadtrat Dr. Krasser betonte, daß er alles getan habe, um die Fertigstellung der großen Bauordnungsnovelle zu beschleunigen. Der bisweilen geäußerten Auffassung, anstelle dieser großen No-

velle durch kleinere, scharf umgrenzte Novellen die Bauordnung den jeweiligen Erfordernissen anzupassen, könne er wenig Verständnis entgegenbringen.

Anschließend kam der Referent auf das Wiener Garagengesetz zu sprechen. Dieses Gesetz aus dem Jahr 1957 hat mit der im gleichen Jahr erlassenen Durchführungsverordnung der Landesregierung beim Neubau von Wohngebäuden die Verpflichtung zur Errichtung von je einem Stellplatz für je 500 Quadratmeter Geschoßfläche enthalten. Dieser Schlüssel wurde mit einer weiteren Durchführungsverordnung aus dem Jahr 1962 auf je 300 Quadratmeter Geschoßfläche reduziert.

Auch dieser neue Maßstab ist durch die fortschreitende Motorisierung unzureichend geworden. 300 Quadratmeter Geschoßfläche bedeuten fast die Wohnfläche von vier Wohnungen. Auch für Büro- und Geschäftshäuser ist je ein Stellplatz für je 400 Quadratmeter Geschoßfläche längst überholt.

Die Zahl der in Wien zugelassenen Personenkraftwagen belief sich im Juli 1962 auf 175.680 Fahrzeuge, nach dem Stand vom 1. Dezember 1970 gibt es bereits 323.246 Personenwagen. Er habe sich daher für verpflichtet erachtet, sagte Stadtrat Dr. Krasser, die Initiative zu ergreifen und noch vor Ausarbeitung eines Entwurfes für eine neue Verordnung zu einem Expertengespräch am 24. November eingeladen. Daran nahmen die Vertreter der Kraftfahrorganisationen, der Kammern, der Polizei und Mitglieder des Gemeinderatsausschusses XIII teil. Damit sollte gleich zu Beginn der Novellierungstätigkeit versucht werden, einen tragbaren Kompromiß zwischen den Erfordernissen des Verkehrs und den Interessen der Bauträger zu finden.

Die Novellierung des Wiener Garagengesetzes sollte sich auch mit anderen Bestimmungen befassen, beispielsweise mit dem Verbot der Errichtung von Benzinzapfstellen in Kellergeschoßen. Wenn die technische Entwicklung auf dem Sektor der Entlüftung schon so weit fortgeschritten ist, daß eine Gefährdung der Dienstnehmer nicht mehr gegeben erscheint, dann würde vielleicht die Eliminierung dieses Verbots den Mineralölfirmen einen Anreiz zum Bau weiterer Parkgaragen bieten.

Im kommenden Jahr soll auch geprüft werden, ob es möglich ist - um den Wünschen vieler Kleingärtner zu entsprechen - das Wiener Kleingartengesetz einer Novellierung zu unterziehen. Hier geht es vor allem um das im Gesetz vorgesehene Höchstausmaß der bebauten Fläche von 25 Quadratmeter. Das Höchstausmaß wurde in zahllosen Fällen überschritten, ohne daß die Behörde bisher dagegen eingeschritten ist. Dieser Zustand sei absolut unbefriedigend, sagte Stadtrat Dr. Krasser. Entweder nimmt der Gesetzgeber die eingetretene Entwicklung zur Kenntnis und paßt das Gesetz den Gegebenheiten an, oder die Behörde greift durch und verlangt den Abbruch der rechtswidrig erweiterten Baulichkeiten.

Der Abbruch sei aber aus mannigfachen Gründen kaum durchsetzbar. Allerdings könne eine Novellierung aber nicht so weit gehen, daß der Sinn dieses Gesetzes letzten Endes ins Gegenteil verkehrt wird, was dann der Fall wäre, wenn man die Errichtung von festen, das ganze Jahr über bewohnbarer Baulichkeiten in Kleingärten für zulässig erklären würde.

Dem Wiener Landtag wird zu Beginn des kommenden Jahres der Entwurf eines Wiener landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes vorgelegt werden, das in Ausführung des Bundesgrundsatzgesetzes der Wiener Landwirtschaft die Durchführung freiwilliger Bodenreformmaßnahmen ermöglichen soll.

Abschließend kam der Stadtrat auf den Zivilschutz zu sprechen. In realer Einschätzung der gegebenen Möglichkeiten habe er von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß alle jene Maßnahmen, die ohne wesentlichen finanziellen Aufwand durchgeführt werden können, unbedingt getroffen werden sollen, wie die Verlagerung der Lebensmittelkarten in die einzelnen Bezirke und die organisatorischen Maßnahmen des Personaleinsatzes zur Verteilung der Karten im Ernstfall.

Bei der konstituierenden Sitzung des Wiener Landeskoordinationsausschusses, die am 13. Oktober stattgefunden hat, wurde betont, daß die Errichtung von Warnanlagen keineswegs als überflüssig bezeichnet werden dürfe. Die Vertreter der Feuerwehr, der Polizei und des Bundesheeres haben Alarmanlagen im Raum von Wien als unerlässlich bezeichnet. Nach Einlangen aller schriftlichen Stellungnahmen zu dieser Frage soll nun geklärt werden, welches Warnsystem am wirkungsvollsten ist.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

Bürgermeister Marek - Abschied im Gemeinderat  
=====

Wien, 17.12. (RK) Vor Unterbrechung der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Donnerstag gab Bürgermeister Bruno Marek offiziell den Gemeinderäten bekannt, daß er mit heutigem Tag sein Amt als Bürgermeister und Gemeinderat zurücklege. Der scheidende Bürgermeister führte aus:

"Ich gestatte mir, Ihnen heute offiziell mitzuteilen, was ich der Wiener Bevölkerung bereits in meiner letzten Radiorede am 6. Dezember angekündigt habe: daß ich mein Amt als Bürgermeister der Bundeshauptstadt mit diesem Tag zurücklege und zugleich aus dem hohen Rat dieses Hauses ausscheide. Ich stelle meine Funktionen zur Verfügung, weil ich den Beschluß meiner Partei über die Altersgrenze für politische Mandatare respektiere, und weil es stets auch meine eigene Überzeugung war, daß in einer Epoche stürmischer Entwicklungen auf allen Gebieten des Lebens jüngere Kräfte ihre verdiente Chance erhalten müssen.

Ich nehme heute doppelten Abschied: Als Bürgermeister und als Angehöriger des Gemeinderates, in dem ich seit einem Vierteljahrhundert tätig war. Nur einige wenige haben diese lange Wegstrecke zusammen mit mir zurückgelegt. Sie werden sich ebenso wie ich daran erinnern, daß unsere Arbeit für Wien nicht erst nach den ersten Gemeinderatswahlen vom 25. November 1945 begann, sondern schon weit früher, in den ersten Nachkriegstagen oder sogar noch während der Kampfhandlungen, da wir in unseren Wohnbezirken in eigener Verantwortung Maßnahmen improvisierten, die zur Normalisierung des Lebens in unserer Stadt beigetragen haben.

Aber ich will jene düsteren Tage, die Not, den Hunger, die Unsicherheit nicht wieder beschwören. Nur eines sollte aus der damaligen Zeit lebendig bleiben: der vielberufene 'Geist des Jahres 1945'. Denn diesem Geist des Optimismus, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens verdanken wir den Wiederaufbau unseres Vaterlandes, verdanken wir den Wiederaufstieg unserer Heimatstadt. Ich habe stets Genugtuung darüber empfunden, daß man mich zu den Männern des Jahres 1945

gezählt hat und betrachte es als meine vornehmste Aufgabe, das Erbe dieser Zeit der kommenden Generation zu erhalten.

Von damals bis heute ist ein weiter Weg. Er führte in der Wiener Stadtverwaltung von den Einnahmen in Höhe von 251,6 Millionen Schilling und Ausgaben in Höhe von 218,5 Millionen Schilling des ersten Budgets, an dessen Realisierung ich als Vorsitzender des Finanzausschusses teilgenommen habe, bis zu dem 17-Milliarden-Haushalt des Jahres 1971, dem letzten, an dem ich mitwirken konnte. Am Anfang dieses Weges stand, wenn ich ein weiteres Beispiel erwähnen darf, die herzliche Freude über einige hundert Meter Straßenbahn, die wieder in Betrieb genommen werden konnten - heute künden riesige Baugruben im Zentrum der Stadt von dem gigantischen Projekt der Untergrundbahn, mit der die Bürger dieser Stadt ins kommende Jahrtausend fahren werden. Das Vertrauen, das Sie, meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, und meine Mitbürger mir geschenkt haben, ermöglichte es mir, an diesen faszinierenden Entwicklungssprung unserer Stadt teilzuhaben und als Vorsitzender des Finanzausschusses, später als Erster Landtagspräsident und schließlich, seit fünfeinhalb Jahren, als Bürgermeister, aktiv daran mitzuwirken.

Gewiß, fünf Jahre sind, gemessen an der Geschichte dieser Stadt, eine relativ kurze Zeit. Aber was war dies für ein Jahrfünft! In diesen letzten Jahren erhielten einige Großprojekte, die das künftige Antlitz unserer Stadt bestimmen werden, ihre festen Konturen, in diesen Jahren begann sich in großen Umrissen das Bild des Wien des Jahres 2000 abzuzeichnen. Was vor nicht allzulanger Zeit noch Gegenstand eines utopischen Films war - das Leben um die Jahrtausendwende - wurde zur vordringlichen, realen Aufgabe unserer Stadt- und Verkehrsplaner. Ich bekenne gerne, daß ich glücklich bin, an dieser Geburtshilfe für das moderne Wien mitgewirkt zu haben. Jede Stadt ist nun einmal ein lebendiger Organismus. Und ich wünsche diesem Gemeinwesen, daß es erfüllt sein möge von der Kraft und Initiative der Jugend, aber auch die lebenswerten Züge seiner Ahnen, ihre Lebenskunst und ihren Charme, niemals verleugnen möge.

./.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich muß es mir versagen, auf Einzelheiten meiner Amtstätigkeit einzugehen. Erlauben Sie mir lediglich, auf einige wichtige Probleme hinzuweisen, deren Lösung wir in Angriff nehmen konnten: auf den U-Bahn-Bau, den totalen Hochwasserschutz, die UNIDO-Stadt, die Sicherung des Energiebedarfs, der Wasserversorgung und die Reinigung der Abwässer durch den Bau von Großkläranlagen, auf den Umweltschutz, den Kampf gegen die Verseuchung der Luft, des Bodens und der Gewässer - in diesen Zusammenhang vor allem auf den Schutz des Wienerwaldes! - die Spitalsbauten, die Ansiedlung neuer Industrien, die Vorbereitungen für die WIG 1974 und nicht zuletzt auf die Sorge für den Lebensabend unserer Alten, den Bau von Pensionistenheimen.

Besonders am Herzen lag mir die Erfüllung des 'Wiener Memorandums', des Forderungsprogrammes der Wiener Stadtverwaltung, das ich im April 1967 dem damaligen Bundeskanzler überreichen konnte. Es ging darin, wie erinnerlich, um jene wichtigen Vorhaben der Stadt Wien, die unter Mitwirkung der Bundesregierung realisiert werden sollten. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß die einzelnen Punkte dieses Memorandums inzwischen zum Teil verwirklicht wurden oder doch zumindest unmittelbar vor ihrer Verwirklichung stehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Mitgliedern dieser und der vorhergehenden Bundesregierung für das Verständnis danken, das sie unseren Wünschen gegenüber zu wiederholten Malen bekundet haben. In diese Anerkennung beziehe ich auch die Bundesländer ein, mit deren Repräsentanten wir die Jahre hindurch in einer Front der Interessensgemeinschaft und der Zusammenarbeit gestanden sind. Vor allem aber gilt mein Dank den Mitgliedern des Stadtsenates, des Gemeinderates und der Beamtenschaft dieses Hauses, ohne deren tätige Mithilfe und, wenn es sein mußte, auch konstruktive Kritik ich meine Amtspflichten nicht so hätte erfüllen können, wie dies meinen Vorstellungen entsprach.

Es fällt mir nicht leicht, die Stätte zu verlassen, an der ich ein gutes Drittel meines Lebens verbracht habe. Ich scheidet jedoch in dem ruhigen Bewußtsein, das Haus so be-

stellt zu haben, daß sich mein Nachfolger und seine Mitarbeiter darin zurechtfinden, und daß die Jugend harmonisch hineinwächst und das Leben in dieser Stadt - so wie ich es getan habe, seit ich bewußt zu denken vernag - als ihre Bestimmung und als eine besondere Gunst des Schicksals betrachtet.

Ich selbst bin seit meinen Jugendjahren Wiener aus Liebe und aus Überzeugung. Ich wiederhole, was ich schon ausgesprochen habe, als mir im Jänner dieses Jahres die Ehrenbürgerwürde verliehen wurde: Ich hätte in keiner anderen Stadt leben können. Ich habe versucht, mein Amt getreu den Geboten der Landesverfassung und getreu den Verpflichtungen auszuüben, die mir meine Verbundenheit mit dieser Stadt auferlegten. Wenn mir dies gelungen ist, habe ich der langen Reihe der Bürgermeister dieser Stadt einen weiteren, wenn auch bescheidenen, Abschnitt hinzugefügt.

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Jeder Abschied bedeutet einen tiefen Einschnitt in Leben eines Menschen. Dennoch verlasse ich diesen Platz nicht schweren Herzens. Ich gehe in dem Bewußtsein, daß mich, wohin ich mich auch wende, überall die gleiche vertraute und geliebte Atmosphäre dieser Stadt umfängt, die der Urquell meiner Existenz und das Ziel all meines Strebens ist und bleibt. Ich gehe in dem Gefühl, daß mir ~~meine~~ Mitbürger auch weiterhin gewogen sein werden, für deren viele Beweise der Sympathie während meiner Amtsperiode ich auch von dieser Stelle nochmals herzlich danke. Und ich gehe in der Zuversicht, daß Wien in den nächsten Jahren in Rang und Ansehen weiterhin emporsteigt und immer mehr zu einer Weltstadt der Völkerverbindung und der Friedenshoffnung aller Menschen wird.

Meinem Nachfolger und seinen Mitarbeitern wünsche ich dazu alles nur mögliche Glück. Mein ganzes Denken und Fühlen wird auch in Zukunft mit jedem Atemzug dieser Stadt und ihrer Bevölkerung gehören.

Es lebe unsere geliebte Heimatstadt Wien! Es lebe unser Vaterland Österreich!"

Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. Dezember 1970

bis 3. Jänner 1971

Wien, 17.12. (RK)

Montag, 21. Dezember:

- 15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend:  
Konzert der Mozart-Sängerknaben, Leitung Erich  
Schwarzbauer (1. Teil: Chöre von A. Scarlatti,  
H.L. Hassler und W.A. Mozart; Volkslieder aus  
Europa; 2. Teil: szenische Aufführung von Johann  
Schenks Oper "Der Dorfbarbier")
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Österreichischer Rundfunk  
(3. Konzert im Zyklus II) - Wr. Konzerthausgesell-  
schaft: Frank Martin "Das Mysterium von der Geburt  
des Herrn" (konzertante Aufführung der Oper); Wiener  
Symphoniker, Wr. Jeunesse-Chor, ORF-Chor, Dirigent  
Bruno Maderna; Solisten: Walter Kreppel, Stanley  
Kolk, Kurt Ruzicka, Gerhard Stolze, Herbert Prikopa,  
Hans Christian, Otto Wiener, Ileana Cotrubas,  
Ingrid Mayr

Dienstag, 22. Dezember:

- 18.00 Uhr, Konservatorium (Johannesgasse 4 a) Konzertsaal,  
Konservatorium der Stadt Wien: Klavierübungsabend
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Österreichische Frauen-  
bewegung: Weihnachtskonzert; NÖ Tonkünstlerorchester,  
Chorvereinigung "Jung Wien", Abigail Ryan (Sopran),  
Dirigent Karl Etti und Leo Lehner (Mozart, E. Track,  
R. Wagner, Fr. Schmidt, Bizet, Puccini, Tschaikowsky,  
K. Etti)
- 19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal, Österreichischer  
Rundfunk: 4. Konzert im Zyklus III; ORF-Symphonie-  
orchester, Edith Peinemann (Violine), Antonio  
Janigro (Cello), Jörg Demus (Klavier), Dirigent  
Milan Horvat (Beethoven: Tripelkonzert C-Dur op. 56;  
Bartók: Konzert für Orchester)

Samstag, 26. Dezember:

- 16.00 Uhr, Historisches Museum (4, Karlsplatz) Historisches  
Museum der Stadt Wien: Beethoven-Klavierkonzert Jörg  
Demus (Sonate Es-Dur op. 31/3; Sonate E-Dur op. 109;  
Drei Bagatellen op. 126; "Mondschein-Sonate" op. 27/2)

Dienstag, 29. Dezember:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Theater der Jugend:  
Voraufführung des 3. Konzertes im Symphoniker-  
Zyklus der GdM; Wiener Symphoniker, Paul Badura-  
Skoda (Klavier), Dirigent Joseph Krips (W.P. Fürst:  
"Farbspiele" op. 38; F. Martin: Klavierkonzert;  
Beethoven: 7. Symphonie A-Dur op. 92)

Mittwoche, 30. Dezember:

- 10.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker:  
Voraufführung des Neujahrskonzertes für das  
Österreichische Bundesheer; Dirigent Willi  
Boskovsky (Strauß)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Duo-Abend für Violine  
und Cello, James Barber / Gordon Epperson (Martin,  
Toch, Ravel, Kodály)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Österreichischer Ge-  
werkschaftsbund: Voraufführung des 3. Konzertes im  
Symphoniker-Zyklus; Wiener Symphoniker, Paul  
Badura-Skoda (Klavier), Dirigent Josph Krips  
(W.P. Fürst: "Farbspiele" op. 38; F. Martin:  
Klavierkonzert; Beethoven: 7. Symphonie A-Dur op.92)

Donnerstag, 31. Dezember:

- 18.00 Uhr, Rathausplatz, Kluturamt der Stadt Wien: Silvester-  
Turmblasen des Trompeterchores der Stadt Wien,  
Leitung Josef Levora (H.L. Hassler, R. Jettl,  
K. Rosner, K. Pilss, J. Hadraba, W. Jerger und  
R. Ernst)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker:  
Silvesterkonzert; Dirigent Willi Boskovsky (Werke  
von Johann, Josef und Eduard Strauß)

Freitag, 1. Jänner:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker:  
Neujahrskonzert; Dirigent Willi Boskovsky (Werke  
von Johann, Josef und Eduard Strauß)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musik-  
freunde: 3. Konzert im Symphoniker-Zyklus; Wiener  
Symphoniker, Paul Badura-Skoda (Klavier), Dirigent  
Joseph Krips (W.P. Fürst: "Farbspiele" op. 38;  
F. Martin: Klavierkonzert; Beethoven: 7. Symphonie  
A-Dur op. 92)

## die feuerwehr im november

3 wien, 17.12. (rk) die wiener feuerwehr rueckte im november zu 1.336 einsaetzen aus. diese einsaetze galten drei gross-braenden, acht mittelbraenden, 214 kleinbraenden, fuef rauchfang-feuern, 605 technischen hilfeleistungen, 85 untersuchungen, 296 arbeitsleistungen und 59 uebungen. 53 einsaetze erwiesen sich als blinder alarm, achtmal wurde die feuerwehr boeswillig irrefuehrt. den schwierigsten einsatz des abgelaufenen monats hatte die feuerwehr am 6. november zu absolvieren. vom entminungsdienst wurde ein sechs meter langes flakrohr, in dem eine scharfe granate steckte, autogen auseinandergeschnitten. das rohr wurde mit einem strahlrohr gekuehlt, um eine erwaermung der granate und damit explosions-gefahr zu verhindern.

als brandursachen wurden im zu ende gegangenen monat drei selbstentzuendungen, zwei explosionen, 14 bauliche einrichtungen, fuef maschinen, sieben elektrische anlagen, vier sonstige feuergefaehrliche stoffe, 37 sonstige feuer-, licht- und waermequellen, vier kinderbrandstiftungen sowie 149 unbekannte gruende festgestellt. 96 personen wurden aus einer zwangslage befreit. die feuerwehrmaenner leisteten zehn tieren erste hilfe. 72 mal mussten sonderfahrzeuge eingesetzt werden.

0923

## maroltingergasse wieder frei

7 wien, 17.12. (rk) die maroltingergasse, die bekanntlich eine wichtige durchzugsstrasse zwischen 14. und 16. bezirk darstellt, wird morgen (freitag) nachmittag wieder fuer den verkehr freigegeben. sie war laengere zeit zwischen der breitenseer strasse und der steinbruchgasse fuer den durchzugsverkehr gesperrt gewesen, weil sie in diesem abschnitt strassenbaumaessig saniert worden ist.

0956

## 70. geburtstag von geza von cziffra

5 wien, 17.12. (rk) am 19. dezember vollendet der filmregisseur und schriftsteller geza von c z i f f r a das 70. lebensjahr.

er wurde in arad, ungar, geboren, absolvierte die kadettenschule und arbeitete nach dem ersten weltkrieg zunaechst als journalist in wien. in der folge wandte er sich dem film zu und betaetigte sich als dramaturg, drehbuchautor und regisseur bei verschiedenen filmfirmen in oesterreich, deutschland, england und frankreich. 1945 gruendete er in wien die cziffra-film, ging aber 1948 nach deutschland, wo er seither als filmregisseur weiterarbeitet. geza von cziffra schrieb fuer die von ihm gedrehten filme das drehbuch zumeist selbst. nach 1945 bemuehte er sich eifrig, die oesterreichische filmproduktion wieder in gang zu bringen. aus dieser zeit stammen die filme ''der himmlische walzer'' und ''das unsterbliche antlitz''. cziffra hat sich spaeter auf revuefilme spezialisiert und mit diesen beim publikum erfolge errungen.

0926

## eisrevue-sondervorstellung fuer wiens dauerbefeuerungste

8 wien, 17.12. (rk) kommenden mittwoch, den 23. dezember, findet in der wiener stadthalle eine sondervorstellung der neuesten produktion der wiener eisrevue statt, zu der wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i die dauerbefeuerungste wiens eingeladen hat. die von der erwachsenenfuersorge alljaehrlich durchgefuehrte aktion findet bereits seit dem jahre 1955 statt.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und fotoreporter zu dieser vorstellung am mittwoch, d e n 2 3 . d e z e m b e r , u m 1 5 u h r , zu entsenden. telephonische kartenbestellungen bitte unter der telephonnummer 42 800/2970 durchwahl.

0957

## heimhelferinnen leisteten 54.000 pflegestunden

4 wien, 17.12. (rk) anlaesslich einer weihnachtsfeier fuer die heimhelferinnen des vereines ''die frau und ihre wohnung'' kam wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i auf die bedeutung dieser organisation fuer die sozialarbeit in wien zu sprechen. dabei betonte sie, dass es gerade diese vereinigung gewesen sei, die zu-naechst als erste einmal probeweise die aktion ''essen auf raedern'' durchgefuehrt habe und damit zum vorbild fuer die uebrigen organisationen wurde. heute sind es allein 30 teams des vereins, die in dieser aktion einen grossteil der essensempfaenger, und zwar 893, versorgen.

was die pflegestundenleistungen betrifft, so haben die heimhelferinnen im rahmen der heimhilfe im vergangenen jahr 45.460 pflegestunden geleistet. im heurigen jahr wird diese leistung aber noch ueberboten werden, so rechnet man bis jahresende mit einer leistung von insgesamt 54.000 pflegestunden.

stadtraetin maria jacob i wuerdigte diese grossen leistungen und sprach den heimhelferinnen dafuer ihren dank aus.

0925

## meidlinger heimatmuseum voruebergehend geschlossen

9 wien, 17.12. (rk) infolge dringend notwendig gewordener umbauarbeiten wird das meidlinger heimatmuseum, 12, nymphengasse 7, vom 20. dezember 1970 bis 6. februar 1971 geschlossen bleiben.

0959

## ''franz schubert'' droht zu sinken

10 wien, 17.12. (rk) das ehemalige passagierschiff der ddsg, ''franz schubert'', auf dem gestern ein grossbrand ausgebrochen war, ist vom sinken bedroht. eine unmittelbare gefahr konnte jedoch bisher abgewendet werden.

die ''franz schubert'' wird bereits seit laengerer zeit nicht mehr als passagierschiff verwendet und liegt im hafenbecken der Freihandelszone. seit anfang november dient das schiff als unterkunft fuer fremdarbeiter.

als der brand gestern abend kurz vor 21 uhr ausbrach, befanden sich ungefaehr 100 personen an bord. der brand wurde gluecklicherweise so frueh entdeckt, dass sich die gastarbeiter rechtzeitig in sicherheit bringen konnten.

bei ankunft der feuerwehr hatten die flammen bereits das ganze mittelschiff und den maschinenraum erfasst. fuer die kesselanlage des schiffes bestand hoechste explosionsgefahr. aus diesem grund musste die feuerwehr alarmstufe drei geben. das explodieren der kessel konnte jedoch verhindert werden. in den tanks des schiffes befanden sich 35 tonnen heizoel. bei einer beschaedigung haette diese heizoelmenge das wasser des hafengebietes und der donau ver-seucht. auch hier konnte die gefahr gebannt werden.

1040

## berichtigung zu aenderung einer bezirksvertretungssitzung

11 wien, 17.12. (rk) die fuer mittwoch, den 16. dezember, anberaumte bezirksvertretungssitzung der bezirksvertretung josefstadt, wird wegen erkrankung des bezirksvorstehers auf mittwoch, den 30. dezember, 17 uhr, verschoben.

in unserer meldung vom 15. dezember, blatt 3961, hatte es irrtuemlich ~~bezirksvertretung~~ als grund geheissen.

1105

## 66. zweigstelle der ''z'' eroeffnet

12 wien, 17.12. (rk) die zentralsparkasse hat in wien, 22, quadenstrasse, eine neue zweigstelle eroeffnet - die neunte, die heuer eroeffnet wurde, die 66. ueberhaupt. damit hat die ''z'' das dichteste filialnetz unter allen geldinstituten im wiener raum.

die zweigstelle hirschstetten erschliesst ein gebiet, in dem sich bisher keine filiale eines geldinstitutes befand. 700 wohnungen stehen dort vor der fertigstellung, weitere 2.000 wohnungen sind geplant, so dass in absehbarer zeit mit einer bevoelkerung von 10.000 personen im einzugsbereich der zweigstelle gerechnet werden kann.

die neue zweigstelle liegt im hufeisenfoermigen einkaufszentrum hirschstetten. von der gesamtflaeche von 225 quadratmeter entfallen 121 quadratmeter auf den kundenraum. einwurf-tresor, abholfaecher und sparkassenbuch-schliessfaecher stehen zur verfuegung.

1145

## pkw gegen 62er

13 wien, 17.12. (rk) mittwoch um 23.55 uhr stiess der 29jaehrigere gerhard smeykal in der eichenstrasse mit seinem pkw gegen den triebwagen eines zuges der strassenbahnlinie 62. ursache des unfalls war nach aussage der zeugen die ueberhoehnte geschwindigkeit des pkws. der lenker wurde schwer verletzt, der wagen musste von der feuerwehr zur seite geschoben und abgestellt werden. der leicht beschaedigte strassenbahnzug wurde eingezogen, der strassenbahnverkehr war 35 minuten lang unterbrochen.

1147

(Forsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten  
=====

Wien, 17.12. (RK) GR. Dr. Tuna (DFP) hob am Anfang seiner Ausführungen die gute Zusammenarbeit seiner Fraktion mit den scheidenden Stadtrat hervor. Zu den Marktgesetzen meinte er, daß die hier von der zuständigen Geschäftsgruppe getroffenen Lösungen von der Initiative her zu begrüßen seien, doch keineswegs immer die idealsten darstellten. Hinsichtlich der Märkte vernisse er vor allen das Fehlen eines Gesamtkonzeptes. So liege der Grünmarkt viel zu weit von Stadtzentrum entfernt. Leider gebe es auch keinen Platz für einen Detailmarkt in der Großfeldsiedlung. Dies wäre zweifellos eine Fehlleistung der Planung, die sich anscheinend über die Versorgungseinrichtungen in den Satellitenstädten zu wenig Gedanken mache. Auch die Lösung des Naschmarktes sei weit davon entfernt, als ideal bezeichnet zu werden. Bezüglich des vor wenigen Tagen "ausgebrochenen" "Fischskandals", reklamierte er die Möglichkeit, in solchen Fällen von einer zentralen Stelle in ausreichenden Maße eine Kontrolle auszuüben.

Zum Thema Naturschutz bezeichnete er die diversen durchgeführten Bepflanzungen lobenswert. Keinesfalls begrüßenswert wäre jedoch der Beginn der Errichtung des Dampfkraftwerkes in der Lobau, da dieses Projekt nicht die Garantie dafür sei, daß diesen Gebiet auch in Zukunft die Bezeichnung Naturschutzgebiet erhalten bleiben werde.

Die DFP werde gegen die Ansätze des XII. Hauptstückes stimmen.

GR. Krenn (FPÖ) stellt fest, daß für die Schaffung des sogenannten Fleischzentrums in zwei Jahren insgesamt rund 500 Millionen Schilling ausgegeben wurden. Leider hat man aber entgegen der Planung mit dem Bau der Fleischhalle begonnen und nicht in der üblichen Art mit der Errichtung der Stallungen usw. In März war bereits die Dachgleiche, die Vollednung des Baues wird jedoch immer wieder verzögert. Die Firmen wurden seinerzeit aufgefordert, die Anmeldung für den Fleischgroßmarkt bis spätestens 30. Juni einzubringen. Die

Miete wurde pro Quadratmeter und Monat mit 300 Schilling angegeben. Dies ist in Vergleich zu anderen Städten - Hamburg hat zum Beispiel einen Quadratmeterpreis von 150 bis 190 Schilling - entschieden zu hoch. Da selbst für den kleinsten zu vergebenden Raum monatlich 13.800 Schilling bezahlt werden müssen. Die Anmeldefrist wurde inzwischen verlängert. Anscheinend bestehe aber wegen des zu hohen Preises nur geringes Interesse. Die Schweineanlieferungen in Viehmarkt sinken ständig, obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch in Wien bedeutend gestiegen ist. Eine Wiederbelebung von St. Marx wird nach Ansicht des Redners davon abhängen, ob die finanziellen Voraussetzungen einigermaßen tragbar gestaltet werden, das heißt, daß die Gesamtbelastung in Wien nicht höher sein darf als in Schlachthöfen Niederösterreichs. Zu diesen Belastungen kommt nun noch die Misere mit dem "Orangenfleisch". Auch das werde kaum dazu beitragen, die Attraktivität von St. Marx zu fördern.

Der Redner kommt auch auf die Lebensmitteluntersuchung, die Karpfenlagerung betreffend, zu sprechen. Die Stellungnahme des Marktantsbeanteten in Fernsehen habe nicht sehr überzeugend geklungen.

Den Ansätzen könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR.Dr.Heinz Wöber (ÖVP) beleuchtete den Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Investitionskriterien. Unter den Aspekt des Vorrangs der Bedürfnisbefriedigung ihrer Bürger könne die Stadt nicht primär im Sinne von Rentabilität und Gewinn handeln, sondern müsse die Maximierung des öffentlichen Nutzens in den Mittelpunkt stellen. Es sei ein Irrtum, deshalb von ertragsfernen Investitionen zu sprechen.

Zu Schlachthof und Fleischzentrum erklärte Wöber, durch die Realisierung eines anderen als des ursprünglichen Projektes seien nicht nur mehr als 300 Millionen Schilling eingespart worden, der Nutzen liege vielmehr auch in der kürzeren Bauzeit und der Vermeidung von Überkapazitäten. Zielvorstellung einer optimalen Betriebsführung wäre die Form einer Betriebsgesellschaft, die als Maximen ihrer Handlungsweise den rationellsten Betriebsablauf, die billigste Verwaltung, die höchste Auslastung und das am meisten differenzierte Angebot zu befolgen hätte.

Sehr positiv äußerte sich der Redner über derzeitigen Baufortschritt und künftige Funktion des Großmarktes Inzersdorf, durch den nicht nur ein vielgestaltiger Preisregelungsmechanismus, sondern auch eine breitgefächerte Vergleichsmöglichkeit für den Käufer geschaffen werde.

Wöber würdigte in diesem Zusammenhang auch die national-ökonomische Rolle der Klein- und Mittelbetriebe Wiens, in denen immerhin 34 Prozent der Wiener Arbeitnehmer beschäftigt sind. Diese Art und Größe von Betrieben gewährleiste außer der breiten Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln nicht nur eine große Zahl von Anbietern, sondern auch einen von Konjunkturschwankungen bedeutend unabhängigeren Wirtschaftsbereich, als es etwa die Industrie ist.

Zu Zwischenrufen kam es, als Wöber - im Zusammenhang mit der Forderung nach Marktgebühren, die keine preissteigernde Wirkung haben - die jüngsten Steigerungen des Verbraucherpreisindex als Schuld der derzeitigen Bundesregierung bezeichnete und sagte, daß zwischen 1966 und 1969 diese Steigerungen geringer gewesen seien. (GR. Dinhof, SPÖ: "Das sind die Folgen der ÖVP-Alleinregierung!" GR. Hahn: "Irgendwas muß ja schnell gehen beim Kreisky!").

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) betonte, daß der Konsumentenschutz durch die SPÖ-Regierung erst unter gesetzlichen Schutz gebracht wurde. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt hätte bereits 119 Untersuchungen durchgeführt. Befürchtungen, daß die Weihnachtsversorgung der Wiener mit Lebensmitteln nicht gesichert sei, zerstreute die Rednerin. Zum aktuellen Thema "Weihnachtskarpfen" führte Gemeinderätin Schlinger aus, daß durch die Einlagerung im Donaukanal kein Anlaß zu Besorgnis besteht. Vielmehr sei dies geradezu eine Notwendigkeit, damit die Karpfen ihren Schlammgeschmack verlieren.

GR. Jedletzberger (ÖVP), der über die Wiener Landwirtschaft sprach, befaßte sich zuerst mit dem Großmarkt Inzersdorf. Man solle nicht von einem Großgrünmarkt sprechen, denn dort werden auch andere Lebensmittel und auch einschlägige Bedarfsgegenstände angeboten werden. Anfang Jänner beginnt dort die Einrichtung der Stände, die schon fast ausgebucht sind. Mit der wachsenden Zahl der Beschäftigten werde auch die derzeit

sehr schwache Frequenz der eigens eingerichteten Autobuslinie besser werden.

Es gab heuer eine sehr gute Obsternte, die Qualität - außer bei Marillen - war ausgezeichnet, der Absatz zufriedenstellend, die Preise stabil. Bei Äpfeln könne bald die Vollversorgung während des ganzen Jahres durch die Wiener Betriebe erwartet werden. Eine neue Form sind die Holunderanlagen, die große Bedeutung erlangen dürften.

Schon fast 30 Prozent des Frischgemüseverbrauchs Wiens werden von Wiener Produzenten gedeckt. Dank der Vergrößerung der Gewächshausflächen werde die Produktion immer mehr in die sogenannte vitaminarme Zeit verlegt. Sorge bereite, daß die Erzeugerpreise heuer spürbar gesunken sind, während die Produktionskosten stiegen. Das Importgemüse wurde in der gleichen Zeit um 13 Prozent teurer. Die Annahme, ausländisches Gemüse sei billiger, ist falsch. Das Wiener Gemüse ist nicht nur billiger, es kann überdies vollreif geerntet und frisch auf den Markt gebracht werden.

Heuer gab es Absatzschwierigkeiten. Es hätte Schlagzeilen gegeben, wären 500 Tonnen Gemüse, das sind 100 Waggonladungen, weggeworfen worden, wie man es anderswo tut, um die Preise zu halten. Die Wiener Landwirtschaft hat das nicht getan, sondern das überschüssige Gemüse an caritative Organisationen, Altersheime, Kindergärten, Spitäler usw. verschenkt, um Bedürftigen zu helfen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Schwierigkeiten gab es besonders bei Tomaten (auf Zwischenrufe korrigierte sich GR. Jedletzberger und sprach von Paradeisern): Gerade zur Zeit des größten Abfalls wurden auch 100 Tonnen rumänische Paradeiser freigegeben, wodurch die Preise endgültig ruiniert wurden. Im Interesse der heimischen Produktion sollte man so etwas nicht tun.

Sehr stark ist die Ausweitung bei Blumen und Zierpflanzen. Jährlich werden 4,5 Millionen Rosen und zwei Millionen Chrysanthemen erzeugt. Besonders groß ist aber die Produktion von Nelken, nämlich 7 Millionen Stück. (Beifall bei der SPÖ löste ÖVP-Zwischenrufe aus, es gebe schließlich nicht nur rote Nelken, diese seien sogar im Aussterben. GR. Jedletzberger: "Als Fachmann, nicht als Politiker, kann ich das nicht bestätigen.

Aber die anderen Farben nehmen zu. Schwarze Nelken gibt es allerdings nicht, dafür kommen schwarze Rosen." Als nun die FPÖ die blauen Nelken für sich reklamierte, stellt GR. Jedletzberger fest, daß es noch nicht gelungen sei, natürliche blaue Nelken zu züchten, die blauen Nelken seien gefärbt).

Besonders in Industrieaugebiet Simmering, aber auch infolge des Autobahnbaus und der WIG 74 seien Betriebsabsiedlungen notwendig, fuhr GR. Jedletzberger fort. Dank des Verständnisses der Gemeindestellen sei es dabei zu einvernehmlichen Lösungen gekommen. Man müsse aber die Flächen für die Wiener Landwirtschaft sichern, wie dies durch das Siedlungsprojekt Eßling und Flächenwidmungen in Simmering bereits erfolgreich geschehen sei. In Wien befinden sich fast 70 Prozent aller Intensivgartenbaubetriebe von Österreich, die mit Industriebetrieben vergleichbar seien und deren Wertschöpfung pro Beschäftigten der Elektro- und der Lederwarenindustrie vergleichbar sind. Die Landwirtschaft habe auch in Grünflächenkonzept ihre Bedeutung, etwa als luftspendende und vor Lärm und Abgasen schützende Pufferzone zwischen Wohn- und Industriegebieten.

GR. Jedletzberger kritisierte eine Studie über die Erwerbsgärtner, die in Auftrag der Stadt Wien hergestellt wurde, weil sie falsche Angaben enthalte. Für Pächter von Gemeindegrund verlangte er die Möglichkeit, den Pachtgrund als Eigentum zu erwerben. Besonders erfreulich sei, daß bald mit einem landwirtschaftlichen Siedlungsgesetz und einer eigenen Agrarbehörde für Wien zu rechnen sei. Im Raum Ober-Laa sollte ein Weinbauschutzgebiet geschaffen werden. Abschließend ersuchte GR. Jedletzberger, die für Wiens Bevölkerung wichtige Landwirtschaft bei Publikationen und Rundfahrten der Stadt zu berücksichtigen.

Der nächste Debattenredner, GR. Pelzelnayer (ÖVP), beschäftigte sich einleitend mit einem in den Leitlinien für die Wiener Wirtschaft enthaltenen Passus, der auf mangelnde Initiative der Privatwirtschaft schließen läßt. Dieser Vorwurf sei unbegründet. Auch in den städtischen Neubaugebieten treten keine Mängel in den Nahversorgungsbetrieben auf - vorausgesetzt, daß die Privatwirtschaft die Möglichkeit hat, sich frei zu entfalten. Wenn vielfach darüber geklagt wird, daß es in Neubaugebieten zu wenig Handwerksbetriebe gäbe, dann nur deshalb, weil

keine Vorsorge für die räumliche Unterbringung derartiger Betriebe getroffen wurde.

An die Feststellung, daß sich viele der insgesamt 24 Wiener Detailmärkte in einen unbefriedigenden Zustand befinden, knüpfte GR. Pelzelmayr die Forderung, unverzüglich Maßnahmen zur Sanierung der betreffenden Märkte zu unternehmen. 14 dieser Märkte wurden vor 1909 errichtet, an neun Detailmärkten wurden seit ihrer Gründung keine Veränderungen vorgenommen, seit 1945 wurden nur neun Märkte renoviert. Immerhin kaufen 45 Prozent der Wiener Hausfrauen auf den Märkten ein.

Mängel in der Wasserversorgung bestehen auf den Karmelitermarkt, den Viktor Adler-Markt, den Simmeringer Markt und den Meiselmarkt, über unzureichende Kanalisation wird auf den Nußdorfer Markt geklagt. Auf den Simmeringer und den Meidlinger Markt fällt zeitweise die Stromversorgung aus. In der Markthalle in 9. Bezirk genügen Be- und Entlüftung nicht den Anforderungen.

Während in Budget für 1970 nicht viel, aber immerhin 1,87 Millionen für Instandsetzungsarbeiten auf den Märkten zur Verfügung standen, sind für 1971 nur 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Der bereits bestehende, von der Magistratsabteilung 59 erarbeitete Investitionsplan für die Wiener Märkte, dessen Realisierung 20 Millionen Schilling erfordert, müsse endlich in die Tat umgesetzt werden. Der Plan sieht einen Zeitraum von fünf Jahren vor, sollte aber in Anbetracht der Dringlichkeit der erforderlichen Arbeiten rascher durchgeführt werden.

GR. Ascherl (SPÖ) nahm ebenfalls zum Problem des Kühlhauses St. Marx Stellung. Selbstverständlich wolle niemand verhehlen, daß es bei einer großen Menge Fleisches zu Geruchsabweichungen gekommen sei. Es sei jedoch bisher nicht deutlich genug gesagt worden, daß es sich um einen Einzelfall handle. Seit 1876 habe es in den Anlagen der städtischen Lager- und Kühlhausgesellschaft an der Donau und seit 1942 in Kühlhaus St. Marx keine wesentlichen Beanstandungen gegeben.

Zudem sei sofort nach Erkennen der Veränderungen beim Fleisch von allen zuständigen Stellen die notwendigen Maßnahmen getroffen worden: Am 18. August habe man festgestellt, daß das Fleisch nicht mehr voll den Anforderungen entspreche, tags darauf sei ein Lokalaugenschein vorgenommen worden und am 20. August habe das Veterinäramt bereits die Sperre über die in Frage kommenden Fleischmengen verfügt. Unverzüglich habe man überdies mit den notwendigen Untersuchungen begonnen. Dabei seien nicht einmal die zugezogenen Experten bis heute zu einem klaren Ergebnis über die Ursache dieser Geruchsveränderung gekommen. Selbstverständlich sei Vorsorge getroffen, daß nicht ein einziges Kilo des fraglichen Fleisches für den Verkauf freigegeben werde. Seine Fraktion sei keineswegs gegen ein Aufzeigen von Tatsachen, doch müsse man sich gegen eine Panikmache aussprechen, erklärte Ascherl.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) leistete einen kurzen Beitrag zu den Karpfen im Donaukanal: In München habe man vor rund 40 Jahren sogenannte Abwasserfischteiche angelegt, in die lediglich mechanisch geklärtes Abwasser eingeleitet werde. Die biologische Klärung dieses Wassers überlasse man Karpfen und Schleien, und man hätte dazu auch Forellen verwenden können, würden diese als "Oberflächenfische" nicht in zu großer Zahl den Fischreihern zum Opfer fallen. Jedenfalls würden jährlich rund 115 Tonnen Karpfen und Schleien von diesen Abwasserteichen gewonnen und kämen auf die Märkte Münchens. Das Wasser dieser Abwasserteiche schließlich werde von den Fischen so gesäubert, daß es wieder die Qualität des Isarwassers erreiche.

GR. Seeböck (SPÖ) begann mit Problemen des Umweltschutzes. Gerade im Naturschutzjahr müsse man diesem Thema große Aufmerksamkeit schenken. Er bedankte sich beim Stadtforstamt für die vielseitigen Bemühungen, die Umweltbedingungen für die Bewohner der Großstadt rund um Wien zu verbessern. Im gleichen Atemzug forderte er aber auch eine bessere Information der Bevölkerung zum Thema Umwelt. Man dürfe nicht müde werden, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, daß man den Wald- und Wiesengürtel rund um Wien nicht als einzigen riesigen Abfallkübel benützen kann, sollen nicht alle im Mist ersticken. Auch die Hochlagenaufforstung auf dem Raxplateau sei ein Beispiel für die mühevollen Pioniertätigkeit des Forstamtes.

Beim Beschaffungamt anerkenne er die organisatorische Leistung, mit den Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Heizmaterial fertig geworden zu sein.

Besonders positiv hob Seeböck im Bereich des Marktamtes die Tätigkeit der Lebensmittelpolizei und die Informationsstunden im Dienst des Konsumenten hervor. Er deponiere hier noch einmal die Bitte des Marktamtes an die Bevölkerung, bei Beschwerden auch tatsächlich an das Marktamt heranzutragen.

Beim Blumengroßmarkt und beim Großgrünmarkt habe es erfreuliche Entwicklungen gegeben. Sorgenkind Nummer eins bleibe St. Marx. Den Rückgang bei den Schlachtungen führte Seeböck auf den geringeren Anteil der Auslandslieferungen zurück. Er regte an, in Zukunft mehr Lebendtiere nach Österreich zu importieren und damit zu einer Belebung des Fleischzentrums beizutragen. Dann werde die wirtschaftliche Entwicklung trotz der Konkurrenz rund um Wien gar nicht so arg sein, als es vielfach dargestellt wurde.

Bei der Betriebsform wage er zu bezweifeln, daß nur eine private Betriebsgesellschaft der einzige Weg sei. Es müsse doch auch möglich sein, bei kommunaler Führung wirtschaftliches Denken walten zu lassen.

Verschiedentliche Beschuldigungen, die sozialistische Fraktion sei an der Verzögerung des Terminplanes für das Fleischzentrum schuld, müsse er entschieden zurückweisen. Der Redner ersuchte Stadtrat Prutscher die sachliche Mitarbeit der Sozialisten im zuständigen Gemeinderatsausschuß im Schlußwort anzuerkennen.

Die Notwendigkeit der sogenannten Überbeschau untermauerte der Gemeinderat mit Zahlen: 1969 seien rund 240.000 Kilogramm Fleisch beanstandet und aus dem Verkehr gezogen worden. 1970 habe sich in Wien kein einziger Fall von Lebensmittelvergiftung durch Fleisch ereignet. Allein diese Tatsache beantworte diese Frage nach der Notwendigkeit bereits von selbst.

In seinem Schlußwort führte Stadtrat Dr. Prutscher aus: Was die Donaukarpfen betrifft, so wurden seitens der diversen Abteilungen alle der Hygiene entsprechenden Verordnungen angewendet und auch laufend Wasserproben gemacht.

Zum Großgrünmarkt Inzersdorf: Durch den nunmehr verstärkten Autobusverkehr werde bestimmt auch das Interesse und damit die Frequenz dieses Marktes steigen. Zum reklamierten Detailmarkt in der Großfeldsiedlung: die Suche nach einem geeigneten Platz ist keineswegs bereits negativ abgeschlossen worden, vielmehr stehen zur Zeit mehrere Plätze dafür zur Auswahl.

Was das Problem der Überbeschau betrifft, seitens des zuständigen Ausschusses wurde dafür stets ein positives Gutachten abgegeben. Bezüglich des Fleischgroßmarktes: Die Konkurrenz wäre hier keineswegs bedeutungslos. So wurde bei allen Einrichtungen den Vertretern der Wirtschaft stets Gelegenheit gegeben, Stellung zu nehmen, Wünsche zu äußern und damit die künftige Gestaltung des Fleischzentrums zu beeinflussen. Eine positive Zusammenarbeit zwischen Wien und den Landgemeinden wäre hier erstrebenswert.

Zum Thema Betriebsgesellschaft: Es wurde im Ausschuß daran stets zügig gearbeitet. Nützlich wäre es auch gewesen, wenn man die seinerzeitigen Pläne nicht abgelehnt, sondern sie verbessert hätte. Damit wäre es nämlich nie zu einem Zeitversäumnis gekommen. Ebenso hätten manche Termine bei einer etwas sinnvolleren Kompetenzaufteilung nicht überschritten werden müssen.

Dies sei seine letzte Budgetrede und deshalb wolle er die Gelegenheit nützen, allen seinen Dank für ihre Kritik und sachliche Diskussion sowie ihre Unterstützung auszusprechen. Während seiner Amtsperiode sei er stets bestrebt gewesen, bei sämtlichen Entscheidungen nur zum Wohle der Stadt zu wirken. (Lebhafter Beifall von allen Fraktionen.)

Abstimmung: Das XII. Hauptstück wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

## gefahr fuer ''franz schubert'' gebannt

22 wien, 17.12. (rk) nach der letzten mitteilung der feuerwehr ist die gefahr des sinkens fuer das ddsg-schiff ''franz schubert'' gebannt. rund 40.000 liter wasser, die eine bedenkliche schlagseite des schiffes verursacht hatten, wurden mit pumpen abgesaugt. dadurch verbesserte sich die stabilitaet des schiffes, sodass keine unmittelbare sinkungsgefahr mehr besteht. rund 35 tonnen schweres heizuel, das unterhalb des maschinenraumes ausgeflossen war, befinden sich noch im rumpf. die weiteren sicherungsarbeiten haben angestellte der ddsg uebernommen.

1412

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

21 wien, 17.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 4 bis 6 schilling, kohl 5 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 6 schilling, bananen 6 bis 8 schilling, mandarinen 8 schilling, orangen, griechische, 5,50 schilling je kilogramm.

1400

## rinder-, schweine- und pferdenachmarkt vom 17. dezember

24 wien, 17.12. (rk) kein auftrieb.

1425

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte-Rechtsangelegenheiten  
=====

Wien, 17.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) äußerte sich zustimmend zur Vergabe zusätzlicher Taxikonzessionen, da im Verkehr immer mehr Bedürfnisse befriedigt werden müssen. Eine Bezirksrätin der DFP habe bisher noch keine Konzession bekommen, da diese derzeit zu teuer sei.

Ebenso forderte der Redner eine gemeinderätliche Kommission zur Begutachtung von Gesetzen, Verordnungen und Beschlüssen. Dieser sollten auch Richter, Schriftsteller und Stilisten angehören. Dr. Tuma überreichte einen diesbezüglichen Antrag.

Der Redner beklagte, daß für den Zivilschutz zu wenig im Budget sei, und forderte Alarmanlagen und Schutzbauten. Wenn einmal eine Wasserstoffbombe auf Stuttgart oder München gefallen sei, dann müßte in Wien schon alles fix und fertig sein. Aber das Volk der Tänzer und der Geiger denke eben meist nur an das gute Leben.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) urgierte zwei dem Schutz der Landwirtschaft dienende Landesgesetze, darunter das Landessiedlungsgesetz, und hob hervor, daß bei einem Terminverzug (Stichtag 31. Dezember 1970) bei Liegenschaftsübertragungen im Interesse einer Strukturverbesserung der Verlust der Grunderwerbssteuerfreiheit zu befürchten sei.

Hinsichtlich der Kalteranlagen des Fischgroßmarktes am Donaukanal forderte der Redner eine rasche Entscheidung nach Vorliegen der letzten Untersuchungen.

Zum Zivilschutz meinte Dr. Schmidt, daß in dieser lebenswichtigen Angelegenheit in Wien überhaupt nichts geschehe und daß die Bevölkerung über die Problematik nicht aufgeklärt werde. Er plädierte für die Aufnahme von Schutzraumbestimmungen in die Bauordnung und für die Erstellung von Katastrophenplänen. Den im Budget für Zivilschutzfragen enthaltenen Betrag von 200.000 Schilling bezeichnete Dr. Schmidt als "schlechtes Alibi für die Unlust an diesem Thema". Daher müsse die FPÖ dem Budget des Rechtsresorts die Zustimmung verweigern.

Mit Parkproblemen befaßte sich GR. Matza (ÖVP). Das Garagengesetz schreibt eine Ausgleichsabgabe vor, falls ein Gebäudeeigentümer die vorgeschriebene Zahl von Abstellplätzen nicht errichten könne. Diese Ausgleichsabgabe ist für die Errichtung von Abstellplätzen zweckgebunden. Das sei jedoch nur dann sinnvoll, erklärte der Redner, wenn die Abstellplätze in der Nähe der betreffenden Baulichkeit errichtet würden. Da entsprechende Fragen in der Vergangenheit nicht beantwortet wurden, brachte GR. Matza einen Antrag ein: Die zuständigen Stadträte sollen beauftragt werden, die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Garagengesetz nach Bezirken aufzuschlüsseln und anzugeben, wieviel zusätzliche Parkplätze mit diesem Geld gebaut wurden und wo sich diese befinden.

GR. Matza warf der Mehrheit des Gemeinderates Versäumnisse beim Bau von Parkgaragen vor. In der Vergangenheit seien entsprechende Anträge der ÖVP mehrmals abgelehnt worden. Man habe nichts davon, wenn jetzt auch die SPÖ erklärte, daß nur der Bau von Parkgaragen eine Lösung des Parkplatzproblems bringen könne. Es sei auch nicht sinnvoll, unter dem Rathausplatz eine Garage zu bauen und dann auf dem Platz das Parken zu verbieten.

Der Wirtschaftsverkehr könne heute vielfach nur mehr durch Parken oder Halten in zweiter Spur aufrecht erhalten werden. Es sei erfreulich, daß dieses Vergehen von der Polizei nach Möglichkeit toleriert werde - gar nicht erfreulich sei es jedoch, daß solche Verstöße überhaupt notwendig sind.

An die Magistratsabteilung 70 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) appellierte GR. Matza, aus ihrer reichen Erfahrung als eine Art Kundendienst den zuständigen Bundesstellen Vorschläge für eine Novellierung der Straßenverkehrsordnung zu machen.

GR. Dr. Macher (ÖVP) stellte fest, daß das Garagengesetz seit 1957 zwar gewisse Veränderungen erlebt hat, jedoch keineswegs den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht. Als vor einem Jahr die Novellierung des Garagengesetzes verlangt wurde, erhoben sich Einwände, daß es sich eigentlich um ein Baunebengesetz handle, das im Zuge der Bauordnung novelliert werden müßte.

Abgesehen davon, daß die Bauordnung noch lange auf sich warten lassen dürfte, sollte das Garagengesetz für sich novelliert werden. Diese Novellierung sei fällig, seit dieses Gesetz von dem ~~anwach~~senden Verkehr förmlich überrollt wurde.

Im Februar 1970 fand auf Initiative der Geschäftsgruppe XIII eine Expertenenquête über das Garagengesetz statt. Damit wurde ein neuer, vielversprechender Weg beschritten. Gewöhnlich ist es so, daß von der Behörde ein Entwurf ausgearbeitet und zur Beurteilung ausgeschickt wird. Hier wurde allen interessierten Stellen Gelegenheit gegeben, gewissermaßen vor dem Start ihre Karten auf den Tisch zu legen. Tatsächlich bildeten sich auch sofort zwei Fronten mit widersprechenden Ansichten und Wünschen - naturgemäß hatten die Vertreter der Kraftfahrorganisationen andere Intentionen als die Behördenvertreter, was jedoch den Wert des Meinungsaustausches keinen Abbruch tat.

Als letzter Debattenredner ging GR. Busta (SPÖ) auf das Problem ein, wie die Arbeit der Gemeindemandatäre in der Öffentlichkeit beziehungsweise durch die Massenmedien gewertet werde. Seiner Meinung nach würde viel zu sehr nach Äußerlichkeiten beurteilt, aber die überaus wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft viel zu wenig gewertet. Als Beispiel nannte er die überaus komplizierten Arbeiten bei der Vorbereitung des Entwurfes für ein neues Leichen- und Bestattungsgesetz. Dabei seien weniger als 35 Gesetze und Verordnungen, zurückgehend bis ins Jahr 1756, beachtet worden, um sie außer Kraft zu setzen.

Während Busta sich der Bauordnung zuwandte, übernahm Bürgermeister Bruno Marek den Vorsitz.

Auch die Bauordnung, so fuhr Busta fort, gehöre zu jenen schwierigen Kapiteln, für die die Mandatäre sehr viel Arbeit leisten müßten. Das Garagengesetz schließlich dürfe nicht nach dem Standort der Tagespolitik formuliert und beurteilt werden, sondern es müsse selbstverständlich die vorausschaubare Entwicklung berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang warnte Busta davor, die Höfe in den Wohnhäusern gleichsam wehlos für das Parken freizugeben, da ansonsten sehr viele Menschen in ihrer Nachtruhe gestört werden könnten. Auch diese Frage müsse vom Gesichtswinkel des Umweltschutzes gesehen werden.

In der Bauordnungsnovelle ist auch ein Passus über die Schutzräume enthalten, stellte Stadtrat Dr. Krasser in seinem Schlußwort fest. Eine Verpflichtung zum Bau von Schutzräumen bei Neubauten könne man nicht ins Auge fassen. Sie würde eine enorme Verteuerung der gesamten Bautätigkeit bedeuten. In Wien werde der Zivilschutz keineswegs schlechter behandelt als in den anderen Bundesländern. Kein Bundesland habe die Verpflichtung zum Bau von Schutzräumen in ihre Gesetze aufgenommen.

Zur Frage, warum das landwirtschaftliche Siedlungsgesetz im Entwurf noch nicht fertig sei, meinte der Stadtrat, mit den Überlegungen für dieses Gesetz sei auch das Landwirtschaftsministerium und das Bundeskanzleramt befaßt. Für Wiens Landwirte werden keinesfalls ein Nachteil entstehen. Das Gesetz werde rückwirkend mit 1. Jänner 1971 in Kraft treten.

Zum Thema Fischmarkt: Die Wasserrechtliche Bewilligung ist nicht abgelaufen und auf unbefristete Zeit ausgestellt. Juristen können diese Bewilligung erst dann aufheben, wenn Gutachten vorliegen, die einer Aufhebung die Begründung liefern.

Abschließend stellte der Berichterstatter fest, die Gesetzesarbeiten zum Leichen- und Bestattungswesen und zum Garagenbau hätten den richtigen Weg gezeigt. Durch die Übereinstimmung und die Diskussion aller politischen Fraktionen sei eine Verkürzung des Verfahrens möglich gewesen. In diesem Sinne gelte es fortzufahren. Die Ansätze der Geschäftsgruppe XIII wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die zu dieser Geschäftsgruppe gestellten Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Wiener Budget von SPÖ und ÖVP beschlossen

Im Anschluß an die Behandlung der Geschäftsgruppe XIII brachte Bürgermeister Bruno Marek als Vorsitzender den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1971 in seiner Gesamtheit zur Abstimmung. Nach siebentägiger Debatte wurde um 15 Uhr das Budget mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Ebenso wurden die Anträge auf Überprüfung der Gebühren und tarifmäßigen Entgelte angenommen.

Der Rücktritt Mareks

Hierauf erhob sich der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek, um dem Wiener Gemeinderat offiziell seinen Rücktritt bekanntzugeben (siehe unseren ausführlichen Bericht, Blatt 4024 bis 4027).

Nach den Abschiedsworten von Bruno Marek erhoben sich die Gemeinderäte der SPÖ und ÖVP von ihren Sitzen und spendeten langanhaltenden Applaus. Marek verbeugte sich und winkte den applaudierenden Gemeinderäten sichtlich gerührt zu.

Marek bittet GR. Schreiner den Vorsitz zu übernehmen. Er verabschiedet sich mit Handschlag von den beiden Schriftführern. Vizebürgermeister Slavik verläßt seinen Platz und schüttelt Marek die Hände. Geleitet von den beiden Klubobmännern Dr. Stemmer (SPÖ) und Mühlhauser (ÖVP) verläßt Bruno Marek den Saal.

Der Vorsitzende, GR. Schreiner, teilt mit, daß auf Grund der Stadtverfassung Vizebürgermeister Gertrude Sandner die Geschäftsführung übernehmen werde (siehe auch unseren eigenen Bericht).

Die Beratungen des Wiener Gemeinderates werden morgen, Freitag, den 18. Dezember, erst um 13 Uhr (wegen der Parlamentsfestsitzung) mit der Behandlung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Franz Nekula (SPÖ). Im Anschluß daran wird die restliche Tagesordnung des Gemeinderates erledigt.

Die Gemeinderatssitzung, bei der der neue Wiener Bürgermeister gewählt werden wird, beginnt unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Gertrude Sandner Montag, den 21. Dezember, um 10 Uhr.

(Schluß)

- - -

wien hat drei tage lang weibliches stadtoberhaupt

29 wien, 17.12. (rk) drei tage lang wird, nach dem ruecktritt von buergermeister bruno m a r e k , wien ein weibliches stadtoberhaupt haben: vizebuergermeister gertrude s a n d n e r .

nach der verzichterklaerung von bruno marek teilte der vorsitzende dem gemeinderat mit, dass ''mit dem soeben erfolgten verzicht auf das amt als buergermeister der bundeshauptstadt wien die stelle des buergermeisters waehrend der regelmaessigen fuenfjaehrigen amtsdauer zur erledigung kommt. gemaess paragraph 33 im zusammenhalt mit paragraph 94 der wiener stadtverfassung wird mittlerweile frau vizebuergermeister gertrude sandner die geschaefte des buergermeisters fortfuehren und den gemeinderat zur wahl des buergermeisters einberufen.'' vizebuergermeister gertrude sandner wird auch am montag, dem 21. dezember, im gemeinderatssitzungssaal die wahl des neuen buergermeisters leiten.

1550

puppenadoption im wiener rathaus

31 wien, 17.12. (rk) so wie jedes jahr vor weihnachten gab es auch heuer wieder im wiener rathaus das traditionelle ''adoptierte puppenglueck''. wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i hatte donnerstag insgesamt 100 maedchen in den wappensaal des wiener rathauses im rahmen einer kleinen feier dazu eingeladen.

50 der maedchen hatten bereits im vorjahr puppen erhalten und duerfen diese nun, da sich sich als gute puppenmuetter erwiesen haben, nach einem jahr liebevoller pflege behalten. 50 maedchen erhielten zum erstenmal puppen ueberreicht und muessen nun ebenfalls ein jahr hindurch beweisen, dass sie die anlagen zu einer guten puppenmutter haben.

1646